



Gemeinde Ostrach

Eröffnungsbilanz zum 01.01.2019

ReweCon GmbH
Steuerberatungsgesellschaft

Johannes-Daur-Str. 3
D-70825 Korntal-Münchingen
Telefon 0711 -222 170 0
E-Mail info@rewecon.de
Internet www.rewecon.de

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
1. Bilanz	3
2. Anhang zur Eröffnungsbilanz 2019	5
2.1 Allgemeines	5
2.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	6
2.3 Erläuterung der Vermögensrechnung	8
AKTIVA	8
PASSIVA	12
2.4 Organe der Gemeinde	16
2.5 Anlagen zum Anhang	17
2.5.1 Vermögensübersicht	17
2.5.2 Schuldenübersicht	18

1. Bilanz

Pos.	Bezeichnung	01.01.2019			Bezeichnung	01.01.2019	
1	2	4		5	6	8	
Aktiva				Passiva			
1. Vermögen				1. Eigenkapital			
1.1. Immaterielle Vermögenstände		5.266,81	5.266,81	1.1. Basiskapital		47.500.205,85	47.500.205,85
1.2. Sachvermögen				1.2. Rücklagen			
1.2.1. Unbebaute Grundstücke & grundstücks- gleiche Rechte		10.756.172,64	68.651.970,79	1.2.1. aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		0,00	0,00
1.2.2. Bebaute Grundstücke & grundstücks- gleiche Rechte		13.606.661,08		1.2.2. aus Überschüssen des Sonderergebnisses		0,00	
1.2.3. Infrastrukturvermögen		40.953.320,58	68.651.970,79	1.3. Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses			0,00
1.2.4. Bauten auf fremden Grundstücken		685.861,34		1.3.1. Fehlbeträge aus Vorjahren		0,00	
1.2.5. Kunstgegenstände & Kulturdenkmäler		0,00	68.651.970,79	1.3.2. Jahresfehlbeträge, soweit eine Deckung im Jahresabschluss durch Entnahme aus den Ergebnisrück- lagen nicht möglich ist		0,00	0,00
1.2.6. Maschinen, technische Anlagen & Fahrzeuge		640.168,21		2. Sonderposten			
1.2.7. Betriebs- & Geschäftsausstattung		178.937,93	68.651.970,79	2.1. für Investitionszuweisungen		10.183.292,66	22.424.591,04
1.2.8. Vorräte		0,00		2.2. für Investitionsbeiträge		3.650.200,57	
1.2.9. Geleistete Anzahlungen & Anlagen im Bau		1.830.849,01	68.651.970,79	2.3. für Sonstiges		8.591.097,81	22.424.591,04
1.3. Finanzvermögen				3. Rückstellungen			
1.3.1. Anteile an verbundenen Unter- nehmen		0,00	2.651.465,47	3.1. Lohn- und Gehaltsrückstellungen		394.029,12	394.029,12
1.3.2. Sonstige Beteiligungen & Kapitaleinlagen in Zweckverbänden oder an- deren kommunalen Zusammenschlüssen		511.756,53		3.2. Unterhaltsvorschussrückstellungen		0,00	
1.3.3. Sondervermögen		25.001,00	2.651.465,47	3.3. Stilllegungs- und Nachsorge- rückstellungen für Abfalldeponien		0,00	394.029,12
1.3.4. Ausleihungen		31.168,02		3.4. Gebührenüberschussrückstellungen		0,00	
1.3.5. Wertpapiere		62.524,15	2.651.465,47	3.5. Altlastensanierungsrückstellungen		0,00	
1.3.6. Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen		150.109,26		3.6. Rückstellungen für drohende Ver- pflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen		0,00	
1.3.7. Privatrechtliche Forderungen		20.951,35	2.651.465,47	3.7. Sonstige Rückstellungen		0,00	394.029,12
1.3.9. Liquide Mittel		1.849.955,16		4. Verbindlichkeiten			
2. Abgrenzungsposten			34.645,03	4.1. Anleihen		0,00	530.580,00
2.1. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten		25.645,03		4.2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		529.920,00	
2.2. Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse		9.000,00	34.645,03	4.3. Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen		0,00	530.580,00
2.3. Verrechnungs-, Zwischenkonten		0,00		4.4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		0,00	
3. Nettoposition (nicht gedeckter Fehlbetrag)		0,00	0,00	4.5. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		0,00	530.580,00
				4.6. Sonstige Verbindlichkeiten		660,00	
			0,00	5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten		493.942,09	493.942,09
Bilanzsumme			71.343.348,10	Bilanzsumme			71.343.348,10

Unter der Vermögensrechnung (Bilanz) auszuweisende Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre nach § 42 GemHVO:

• Verpflichtungen aus technischen Betriebsführungsverträgen	0,00 €
• Verpflichtungen aus Haftungsverhältnissen	0,00 €
• Verpflichtungen aus Leasingverträgen	0,00 €
• Verpflichtungen aus Bürgschaften (insb. Ausfallhaftung § 88 GemO L-Bank)	1.737.730,69 €

2. Anhang zur Eröffnungsbilanz 2019

2.1 Allgemeines

Der Landtag Baden-Württemberg hat am 22.04.2009 das Gesetz zur Reform des Gemeindewirtschaftsrechts beschlossen. Damit wurden die Kommunen in Baden-Württemberg verpflichtet, ihre Haushalte spätestens bis zum Haushaltsjahr 2020 auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) umzustellen.

Die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) und die Gemeindekassenverordnung (GemKVO) nach neuem Recht sind zum 01.01.2010 in Kraft getreten. Im März 2011 wurde die Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums Baden-Württemberg über den Produktrahmen für die Gliederung der Haushalte, den Kontenrahmen und weitere Muster für die Haushaltswirtschaft der Gemeinden (VwV Produkt- und Kontenrahmen) erlassen.

Der Gemeinderat der Gemeinde Ostrach hat der Umstellung auf das neue Recht ab dem Haushaltsjahr 2019 am 12. Oktober 2015 zugestimmt.

Die Eröffnungsbilanz besteht aus der

- Bilanz nach § 52 GemHVO,
- einem Anhang (u.a. § 53 GemHVO)

und als Anlagen zum Anhang (§ 95 Abs. 3 GemO) aus

- der Vermögensübersicht
- der Schuldenübersicht

2.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanz ist nach den Vorschriften des § 52 GemHVO gegliedert.

Das Vermögen wurde nach den Grundsätzen des zum Bewertungszeitpunkt zur Verfügung stehenden „Leitfaden zur Bilanzierung nach den Grundlagen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) in Baden-Württemberg, Stand Juni 2017“ erfasst. Die Vermögensbewertung wurde in Zusammenarbeit mit der ReweCon GmbH Steuerberatungsgesellschaft durchgeführt.

Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um die Abschreibungen, angesetzt.

Für den Ansatz und die Bewertung des Vermögens, der Schulden, der Rückstellungen und der Rechnungsabgrenzungsposten fanden die §§ 40 – 46 GemHVO Anwendung. Danach sind alle Vermögensgegenstände und Schulden vollständig auszuweisen (Grundsatz der Vollständigkeit) und hinreichend gem. § 52 aufzugliedern (Grundsatz der Bilanzklarheit). Posten der Aktivseite dürfen nicht mit Posten der Passivseite, Aufwendungen nicht mit Erträgen, Einzahlungen nicht mit Auszahlungen verrechnet werden (Verrechnungsverbot). Vermögensgegenstände, Rückstellungen und Schulden sind grundsätzlich einzeln und wirklichkeitsgetreu zu bewerten (Grundsatz der Einzelbewertung und der Bilanzwahrheit).

In die Bilanz wurden nur Vermögensgegenstände aufgenommen, an denen die Gemeinde das wirtschaftliche Eigentum innehat und diese selbständig verwertbar sind. Wirtschaftliches Eigentum wurde dann angenommen, wenn der Gemeinde Besitz, Gefahr, Nutzen und Lasten zustehen und wenn sie über das Verwertungsrecht verfügt und somit die tatsächliche Verfügungsgewalt ausübt.

In der Eröffnungsbilanz wurden die zum 01.01.2019 vorhandenen Vermögensgegenstände mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten (§ 44 GemHVO), vermindert um Abschreibungen nach § 46, angesetzt. Dabei wurde weitestgehend von den in § 62 GemHVO vorgesehenen Vereinfachungsregeln Gebrauch gemacht.

Bei beweglichen und immateriellen Vermögensgegenständen, deren Anschaffung oder Herstellung länger als sechs Jahre vor dem Stichtag der Eröffnungsbilanz zurückliegt, wurde von einer Aufnahme in die Bilanz abgesehen. Für Grundstücke (Grund und Boden), die vor dem 31.12.1974 angeschafft oder hergestellt wurden, sind die den Preisverhältnissen zum teilweise auch vor dem 01.01.1974 entsprechende Erfahrungswerte, vermindert um Abschreibungen, angesetzt worden. Für die danach angeschafften oder hergestellten Vermögensgegenstände wurden den Preisverhältnissen zum Anschaffungs- oder Herstellungszeitpunkt entsprechende Erfahrungswerte, vermindert um Abschreibungen, angesetzt. Für die in den letzten sechs Jahren vor dem Bilanzstichtag erworbenen bzw. hergestellten Vermögensgegenstände wurden die tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt. In Sonderfällen wurden teilweise auch Zeiträume vor den letzten sechs Jahren berücksichtigt.

Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist (Sachvermögen außer Grundstücke, immaterielle Vermögensgegenstände) wurden planmäßig linear abgeschrieben. Für die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer der abnutzbaren Vermögensgegenstände wurden unter Berücksichtigung der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse die Abschreibungstabellen des Leitfadens oder die Abschreibungstabellen des BMF zu Grunde gelegt. Die für Investitionen erhaltenen Zuschüsse und Beiträge werden als Sonderposten passiviert und über die Nutzungsdauer der damit finanzierten Vermögensgegenstände ebenfalls linear ertragswirksam aufgelöst.

Zinsen für Fremdkapital wurden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Die Bewertung des Finanzvermögens erfolgte grundsätzlich zu den Anschaffungskosten. Die Anteile an verbundenen Unternehmen, an sonstigen Beteiligungen und Sondervermögen wurden mit dem Beteiligungswert, der i.d.R. dem Anteil der Gemeinde am Nennkapital entspricht, bewertet.

Forderungen wurden mit dem Nennwert ausgewiesen. Nicht werthaltige Forderungen wurden im Zuge der Aufstellung der Eröffnungsbilanz pauschal wertberichtigt.

Bankbestände und liquide Mittel wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Sonderposten wurden sofern möglich mit den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt.

Lohn- und Gehaltsrückstellungen sind für ungewisse Verbindlichkeiten aus Lohn- und Gehalt für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit, Wertguthaben von Langzeitarbeitskonten und ähnliche Maßnahmen zu bilden.

Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen waren zum 01.01.2019 nicht zu bilden, da die Gemeinde keine Altersteilzeitvereinbarungen abgeschlossen hat.

Für Verpflichtungen für Ansprüche aus Urlaubsrückständen und Überstunden wurde von dem Wahlrecht des § 41 Abs. 2 GemHVO Gebrauch gemacht und deshalb hierfür keine gesonderte Rückstellung gebildet.

Pensionsrückstellungen werden nach § 27 Abs. 5 des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband durch den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg für seine Mitglieder aufgrund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen gebildet.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag in der Bilanz ausgewiesen.

Weitere Angaben können den Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzpositionen entnommen werden.

2.3 Erläuterung der Vermögensrechnung

AKTIVA

1. Vermögen

In der Vermögensrechnung sind alle selbständig verwertbaren und bewertbaren Güter zu aktivieren, die sich im wirtschaftlichen Eigentum der Gemeinde Ostrach befinden (Aktivierungsgrundsatz). Jeder Vermögensgegenstand ist grundsätzlich einzeln zu erfassen und zu bewerten.

Die Vermögenserfassung und Vermögensbewertung erfolgte auf Grundlage der Inventurrichtlinie der Gemeinde Ostrach. Zusätzlich wurden Sonderdokumentationen erstellt, in denen die Bewertung detailliert beschrieben wird.

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände 5.266,81 EUR

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgte zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen.

1.2 Sachvermögen 68.651.970,79 EUR

Das Sachvermögen umfasst alle Vermögensgegenstände, die langfristig dazu bestimmt sind, der Gemeinde Ostrach zu dienen. Die Bewertung des Sachvermögens erfolgte zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen.

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte 10.756.172,64 EUR

Unbebaute Grundstücke sind Grundstücke ohne nutzbare Gebäude. Der Grundstücksbestand der unbebauten Grundstücke der Gemeinde Ostrach besteht hauptsächlich aus Ackerland, Aufwuchs bei Wald und Forsten und sonstigen unbebauten Grundstücken. Die Bewertung erfolgte innerhalb des 6-Jahre Zeitraums vor Stichtag der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2019 nach tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten. Darüber hinaus erfolgte die Bewertung nach den örtlichen Durchschnittswerten für Ackerland und Grünland. Waldflächen wurden entsprechend dem § 62 Abs. 4 Nr. 1 und 2 GemHVO bewertet. Für den Aufwuchs wurde der Mittelwert angesetzt. Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte 13.606.661,08 EUR

Bebaute Grundstücke sind Grundstücke mit nutzbaren Gebäuden. Die Benutzbarkeit von Gebäuden beginnt zum Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit. Grundlage für die Festlegung der jeweiligen Nutzungsdauer ist die Abschreibungstabelle für Baden-Württemberg individualisiert nach den örtlichen Gegebenheiten in Ostrach. Die Nutzungsdauer für Gebäude wird in Ostrach einheitlich auf 15-50 Jahre festgelegt. Die Bewertung erfolgte zu Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen. Grund und Boden wurde bei Anschaffung innerhalb 6 Jahre vor Eröffnungsbilanzstichtag zum 01.01.2019 mit Anschaffungs- Herstellungskosten bewertet, darüber hinaus mit rückindizierten Bodenrichtwerten. Der Grund und Boden wird nicht abgeschrieben.

1.2.3 Infrastrukturvermögen 40.953.320,58 EUR

Das Infrastrukturvermögen umfasst neben den Straßen der Gemeinde Ostrach auch sämtliche ingenieurtechnischen Bauwerke (Brücken, Tunnel, Treppen, sonstige Bauwerke). Bei der Bewertung des Straßenkörpers wird keine Unterteilung der einzelnen Straßenschichten (Unterbau und Deckschicht) vorgenommen. Der Straßenkörper ist als ein Vermögensgegenstand anzusehen und einheitlich abzuschreiben.

Deckenerneuerungen sind Maßnahmen der laufenden Unterhaltung und werden im Ergebnishaushalt als laufender Aufwand gebucht. Der Grund und Boden bei Straßen wurde mit dem Durchschnittswert für landwirtschaftliche Flächen bewertet. Der Aufbau wird grundsätzlich mit Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen, angesetzt. Wenn keine Bewertungsunterlagen vorlagen, erfolgte die Bewertung anhand von Erfahrungswerten. Die Bewertung erfolgte zu Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen.

1.2.4 Bauten auf fremden Grundstücken 685.861,34 EUR

Bauten auf fremden Grundstücken stehen nicht auf Grundstücken, die sich im Eigentum der Gemeinde befinden. Vielmehr besteht ein vertragliches Verhältnis zwischen der Gemeinde und dem Eigentümer des fremden Grundstücks. Es werden somit lediglich nur die Bauten, ohne das Grundstück mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten bilanziert und planmäßig abgeschrieben.

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler 0,00 EUR

Zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge 640.168,21 EUR

Maschinen und technische Anlagen werden mit Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen bewertet. Grundlage für die Festlegung der jeweiligen Nutzungsdauer ist die Abschreibungstabelle für Baden-Württemberg individualisiert nach den örtlichen Gegebenheiten in Ostrach.

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung 178.937,93 EUR

Betriebs- und Geschäftsausstattung wird mit Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Grundlage für die Festlegung der jeweiligen Nutzungsdauer ist die Abschreibungstabelle für Baden-Württemberg individualisiert nach den örtlichen Gegebenheiten in Ostrach.

1.2.8 Vorräte 0,00 EUR

Vorräte sind Vermögensgegenstände, die nicht dauerhaft dem Geschäftsbetrieb der Gemeinde Ostrach dienen, wie Rohstoffe, Hilfsstoffe und Betriebsstoffe. Als Vorräte werden in Ostrach auf Grund der unterschrittenen Wesentlichkeit keine Vorräte gesondert ermittelt und ausgewiesen.

1.2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau 1.830.849,01 EUR

Geleistete Aufwendungen für einen Vermögensgegenstand, der noch nicht fertig gestellt ist, werden unter Anlagen im Bau ausgewiesen und erscheinen in der Vermögensrechnung, auch wenn der Vermögensgegenstand noch nicht betriebsbereit ist. Es erfolgt keine Abschreibung bis zur Fertigstellung und Inbetriebnahme des Vermögensgegenstands.

1.3 Finanzvermögen

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen 0,00 EUR

Zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.

1.3.2 Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen oder anderen kommunalen Zusammenschlüssen 511.756,53 EUR

Eine Beteiligung im gemeindewirtschaftsrechtlichen Sinn liegt vor, wenn die Kommune Anteile an einem rechtlich selbstständigen Unternehmen mit der Absicht erwirbt, einen dauerhaften Einfluss auf die Betriebsführung des Unternehmens zur Aufgabenerfüllung auszuüben (§§ 103 GemO und 103 a GemO).

Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bilanziert (Bareinlage, Sacheinlage). Es erfolgt keine planmäßige Abschreibung und keine Verzinsung. Als Wert von Beteiligungen und Sondervermögen ist, wenn die Ermittlung der tatsächlichen Anschaffungskosten einen unverhältnismäßigen Aufwand verursachen würde, das anteilige Eigenkapital anzusetzen (§ 62 Abs. 5 GemHVO).

Unter dieser Bilanzposition wird zum Bilanzstichtag der Anteil am Zweckverband 4IT, die Beteiligung an der BLS-Breitbandversorgungsgesellschaft im Landkreis Sigmaringen mbH & Co.KG, dem Zweckverband Wegebaugerätegemeinschaft Albrand und dem Zweckverband Geräte- und Personalgemeinschaft Ostrachtal ausgewiesen.

1.3.3 Sondervermögen 25.001,00 EUR

Unter den Sondervermögen ist die Beteiligung am Eigenbetrieb Wasserversorgung und dem Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung ausgewiesen.

1.3.4 Ausleihungen 31.168,02 EUR

Ausleihungen sind ausschließlich finanzielle Forderungen, z. B. Hypotheken, Grund- und Rentenschulden und Darlehen. Unter dieser Position hat die Gemeinde Ostrach die Darlehen an Vereine, Geschäfts- und Genossenschaftsanteile an unterschiedlichen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Institutionen bilanziert.

1.3.5 Wertpapiere 25.965,13 EUR

Als Wertpapiere werden die Sparbücher der Gemeinde Ostrach ausgewiesen.

1.3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen 150.109,26 EUR

Unter den öffentlich-rechtlichen Forderungen sind im Wesentlichen Steuerforderungen sowie Forderungen aus öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen bilanziert.

Bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen erfolgten keine Pauschal- und keine Einzelwertberichtigung, da die Forderungen als voll werthaltig angesehen werden.

1.3.7 Privatrechtliche Forderungen 20.951,35 EUR

Unter den privatrechtlichen Forderungen sind im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bilanziert.

Auch bei den privatrechtlichen Forderungen erfolgten keine Pauschal- und keine Einzelwertberichtigung, da die Forderungen als voll werthaltig angesehen werden.

1.3.8 Liquide Mittel 1.829.955,16 EUR

Liquide Mittel enthalten Guthaben bei Kreditinstituten und die Gebührenkasse. Die Salden wurden durch Kontoauszüge nachgewiesen.

2. Abgrenzungsposten

Rechnungsabgrenzungsposten dienen der periodengerechten Abgrenzung, wenn Ausgaben bzw. Einnahmen im aktuellen Haushaltsjahr erfolgen, die damit verbundenen Aufwendungen und Erträge jedoch künftigen Haushaltsjahren zuzuordnen sind.

2.1 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten 25.645,03 EUR

Der Abgrenzungsposten beinhaltet die Beamtenbezüge und die Sozialversicherungsbeiträge für den Januar 2019, die bereits im Dezember 2018 ausbezahlt wurden.

2.1 Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse 9.000,00 EUR

Unter dem oben genannten Posten sind die von der Gemeinde geleisteten Investitionszuschüsse bilanziert, welche entsprechen dem Zuwendungsverhältnis über die Laufzeit aufgelöst werden.

PASSIVA

1. Eigenkapital

Die Kapitalposition entspricht in etwa dem kaufmännischen Eigenkapital. Sie besteht aus dem sogenannten Basiskapital (dieses entspricht dem Stammkapital und den Kapitalrücklagen nach dem Handelsgesetzbuch), den Rücklagen und den Fehlbeträgen. Bei der Kapitalposition handelt es sich nicht um eine monetäre Größe.

1.1 Basiskapital 47.500.205,85 EUR

Das Basiskapital ist die sich in der Vermögensrechnung (Bilanz) ergebende rechnerische Differenz zwischen Vermögen und aktiver Rechnungsabgrenzungsposten der Aktivseite sowie Rücklagen, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passiver Rechnungsabgrenzungsposten der Passivseite der Vermögensrechnung (§ 61 Nr. 6 GemHVO).

1.2 Rücklagen 0,00 EUR

Rücklagen sind im NKHR Teil des Bilanzpostens „Kapital“. Sie entsprechen nicht der bisherigen „Allgemeinen Rücklage“ in der Kameralistik. Eine Überleitung der kameralen allgemeinen Rücklage ins NKHR gibt es nicht. Rücklagen werden im NKHR als Passivposten verstanden, die Auskunft über die Zusammensetzung und Herkunft der Kapitalposition geben. Eine Differenzierung zwischen den Rücklagepositionen ergibt sich aus der Folge der Deckungsregeln der Ergebnisrechnung. Rücklagen können zur Deckung von negativen Ergebnissen künftiger Ergebnishaushalte genutzt werden.

Zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.

1.3 Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses 0,00 EUR

Zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.

2. Sonderposten für Investitionszuweisungen, -beiträge und sonstiges 22.424.591,04 EUR

Sonderposten werden in der Bilanz zwischen dem Basiskapital und den Rückstellungen bilanziert. Damit wird verdeutlicht, dass sie weder eindeutig dem Eigenkapital noch dem Fremdkapital zugeordnet werden können. Sonderposten sind erhaltene Zuwendungen, die im Rahmen einer Zweckbindung für investive Maßnahmen vom Zuwendungsgeber (Land, Bund) bewilligt bzw. gezahlt werden und nicht frei verwendet werden dürfen.

Anderweitige Zuwendungen (Schlüsselzuweisungen, Bedarfszuweisungen, Zuweisungen für laufende Zwecke) und allgemeine Umlagen, die der laufenden Verwaltungstätigkeit dienen bzw. zur freien Verfügung stehen, sind ergebniswirksam als Ertrag im Zuwendungsjahr im Ergebnishaushalt zu veranschlagen. Sonderposten wurden nach dem sogenannten Bruttoprinzip ausgewiesen.

Empfangene Investitionszuweisungen und Investitionsbeiträge sind als Sonderposten in der Vermögensrechnung auszuweisen und entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes aufzulösen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Mittel, die die Gemeinde Ostrach für die Finanzierung von Investitionen (Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen) erhalten hat.

3. Rückstellungen

Rückstellungen sind für Aufwendungen zu bilden, die wirtschaftlich dem abzuschließenden Haushaltsjahr zuzuordnen sind, jedoch hinsichtlich ihrer Höhe und/oder ihrer Fälligkeit ungewiss sind. Mit einer Inanspruchnahme der Gemeinde Ostrach muss ernsthaft zu rechnen sein. Rückstellungen dienen somit der periodengerechten Zuordnung von Aufwendungen, die erst in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen führen (periodengerechte Ergebnisermittlung).

Pensionsrückstellungen werden zentral beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg gebildet (§ 27 Abs. 5 GKV); eine zusätzliche Bildung von Pensionsrückstellungen in der Vermögensrechnung der Gemeinde ist daher nicht zulässig (§ 41 Abs. 2 Satz 2 GemHVO).

Zum Stichtag 01.01.2019 beträgt der Anteil der Gemeinde Ostrach an der Rückstellung beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg (KVBW) 2.686.930 EUR.

3.1 Lohn- und Gehaltsrückstellungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit im Blockmodell 394.029,12 EUR

Die Bildung von Rückstellungen für Altersteilzeit war zum Bilanzstichtag nicht notwendig. Lohn- und Gehaltsrückstellungen wurden für aufgelaufene Langzeitarbeitskonten mit dem Ziel einer längerfristigen Freistellung von der Arbeit (auf Basis einer Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer) als Pflichtrückstellung in Höhe des angesparten Guthabens bilanziert.

3.2 Unterhaltsvorschussrückstellungen 0,00 EUR

Die Bildung von Unterhaltsvorschussrückstellungen war zum Bilanzstichtag nicht notwendig.

3.3 Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien 0,00 EUR

Die Bildung von Rückstellungen für Stilllegung und Nachsorge für Abfalldeponien war zum Bilanzstichtag nicht notwendig.

3.4 Gebührenüberschussrückstellung 0,00 EUR

Die Bildung von Gebührenüberschussrückstellungen war zum Bilanzstichtag nicht notwendig.

3.5 Altlastensanierungsrückstellung 0,00 EUR

Die Bildung von Altsanierungsrückstellungen war zum Bilanzstichtag nicht notwendig.

3.6 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren 0,00 EUR

Die Bildung von Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren war zum Bilanzstichtag nicht notwendig.

3.7 Sonstige Rückstellungen 0,00 EUR

Nach § 41 Abs. 2 GemHVO können weitere Rückstellungen gebildet werden (Wahlrückstellungen). Wahlrückstellungen dürfen nur für ungewisse Verbindlichkeiten und unbestimmte Aufwendungen gebildet werden.

Aufgrund der einheitlichen Bilanzierung im Umkreis und des Bilanzierungswahlrechts wurden keine Rückstellungen für Ansprüche aus Urlaubsrückständen und Überstunden gebildet.

Sonstige Rückstellungen wurden zum Bilanzstichtag nicht gebildet.

4. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind die am Abschlussstichtag der Höhe und der Fälligkeit nach feststehenden Verpflichtungen. Grundsätzlich sind sämtliche Verbindlichkeiten zu passivieren, um dem Grundsatz der Vollständigkeit gerecht zu werden. Diese sind zum Abschlussstichtag einzeln zu ihrem Rückzahlungsbetrag zu bewerten.

4.1 Anleihen 0,00 EUR

Zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.

4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen 529.920,00 EUR

Kredite sind in Höhe des Erfüllungsbetrags zu passivieren. In den Kreditverbindlichkeiten sind von Kreditinstituten an die Gemeinde Ostrach gewährte Darlehen bilanziert.

Die Kreditverbindlichkeiten wurden mit Saldenbestätigungen und Kontoauszügen nachgewiesen.

4.3 Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen 0,00 EUR

Zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.

4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 0,00 EUR

Hierzu zählen die Verpflichtungen aus gegenseitigen Verträgen, die von der Gegenseite erfüllt sind, aber von der Gemeinde Ostrach noch nicht bezahlt sind. Als vertragliche Vereinbarungen kommen insbesondere Kauf- und Werkverträge sowie Dienstleistungsverträge in Betracht.

Zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.

4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen 0,00 EUR

Zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.

4.6 Sonstige Verbindlichkeiten 660,00 EUR

Der Posten Sonstige Verbindlichkeiten ist ein Sammel- und Auffangposten für alle Schulden, die nicht zu einem anderen Verbindlichkeitenposten gehören. Hier werden zum Stichtag erhaltene Kautionen bilanziert.

5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten 493.942,09 EUR

Hierunter fallen Einnahmen (z. B. vereinnahmte Friedhofsgebühren), die bereits im abzuschließenden Haushaltsjahr zugeflossen sind, aber künftigen Haushaltsjahren wirtschaftlich zuzurechnen sind.

2.4 Organe der Gemeinde

Bei der Gemeinde Ostrach standen zum Bilanzstichtag insgesamt 110 Arbeitnehmer in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis. Hiervon waren:

- 13 Beamte in einem Dienstverhältnis,
- 97 Beschäftigte in einem Arbeitsverhältnis.

1. Bürgermeister zum 01.01.2019

Nachname, Vorname:

Schulz, Christoph

2. Stellvertreter des Bürgermeisters zum 01.01.2019

- | | |
|-------------------|-----------------|
| 1. Stellvertreter | Stecher, Alfred |
| 2. Stellvertreter | Seitz, Matthias |

3. Gemeinderäte zum 01.01.2019

Nachname, Vorname:

Andelfinger, Matthias	Fürst, Joachim
Arnold, Jürgen	Müller, Alois
Barth, Andreas	Rauch, Simon
Birkhofer, Rudolf	Richter, Wolfgang
Bootz, Dr. Frank	Schmid, Karl
Demattio, Arno	Schmitt, Jörg
Ermler, Johannes	Seitz, Matthias
Frey, Wolfgang	Stecher, Alfred
Fularczyk, Johannes	Widmer, Martin

Ostrach, den _____

Lena Burth
Bürgermeisterin

Siegfried Gindele
Gemeindekämmerer

2.5 Anlagen zum Anhang

2.5.1 Vermögensübersicht

Anlagevermögen	Stand des Vermögens	Vermögensveränderungen im Haushaltsjahr					Stand des Vermögens
	zum 01.01. des Haushaltsjahres	Vermögenszugänge im Haushaltsjahr	Vermögensab- gänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Abschreibungen im Haushaltsjahr	am 31.12. des Haushaltsjahres Σ Sp. 2 bis 6
		+	-	+ / -	+	-	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.266,81	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Sachvermögen (ohne Vorräte)	68.651.970,79	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	10.756.172,64	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	13.606.661,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3. Infrastrukturvermögen	40.953.320,58	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4. Bauten auf fremden Grundstücken	685.861,34	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5 Kunstgegenstände, Kunstdenkmäler	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	640.168,21	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	178.937,93	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	1.830.849,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Finanzanlagen (ohne Forderungen und liquide Mittel)	630.449,70	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.2. Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbände, Stiftungen oder anderen kommunalen Zusammenschlüssen	511.756,53	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.3. Sondervermögen	25.001,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.4. Ausleihungen	31.168,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5. Wertpapiere	62.524,15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtsumme des Anlagevermögens	69.287.687,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

2.5.2 Schuldenübersicht

Art der Schulden		am 01.01. des Haushaltsjahres * - Euro -	davon Tilgungszahlungen mit einem Zahlungsziel		
			bis zu 1 Jahr ** - Euro -	über 1 bis 5 Jahre *** - Euro -	mehr als 5 Jahre - Euro -
1		2	4	5	6
1.1	Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	529.920,00	23.040,00	92.160,00	414.720,00
1.2.1	Bund	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.2	Land	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.3	Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.4	Zweckverbände und dergleichen	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.5	Kreditinstitute	529.920,00	23.040,00	92.160,00	414.720,00
1.2.6	sonstige Bereiche	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3	Kassenkredite	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00
1.	Gesamtschulden Kernhaushalt	529.920,00	23.040,00	92.160,00	414.720,00

nachrichtlich:

Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung (Angaben jeweils für einzelne Sondervermögen)

2.1	Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	5.886.885,13	291.423,33	1.963.888,32	3.631.573,48
	Eigenbetrieb Wasserversorgung	2.943.121,97	127.123,68	1.312.571,72	1.503.426,57
	Eigenbetrieb Abwasser	2.943.763,16	164.299,65	651.316,60	2.128.146,91
2.3	Kassenkredite	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00
2.	Gesamtschulden des Sondervermögens mit Sonderrechnung	5.886.885,13	291.423,33	1.963.888,32	3.631.573,48

Gesamtschulden von Kernhaushalt und Sondervermögen mit Sonderrechnung*****

3.1	Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00
3.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	6.416.805,13	314.463,33	2.056.048,32	4.046.293,48
3.3	Kassenkredite	0,00	0,00	0,00	0,00
3.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00
	Zwischensumme 3.1 + 3.2 + 3.3 + 3.4	6.416.805,13	314.463,33	2.056.048,32	4.046.293,48
	abzüglich Schulden zwischen Kernhaushalt und Sondervermögen mit Sonderrechnung	0,00	0,00	0,00	0,00
3.	Konsolidierte Gesamtschulden	6.416.805,13	314.463,33	2.056.048,32	4.046.293,48

* entspricht Stand zum 31.12 des Vorjahres

** Tilgung der Restschuld im 1. Folgejahr

*** Tilgung der Restschuld im 2. bis 5. Folgejahr

**** Tilgung der Restschuld ab dem 6. Folgejahr

***** Spalte 3 minus Spalte 2

***** einschließlich Sonderrechnung nach § 59 GemHVO & nicht verbindlich für Gemeinden, die für das Jahr einen Gesamtabchluss erstellen.